



Entlastung von E-Autos stark umstritten

Verkehrssteuer-Reform kaum mehrheitsfähig: Rabatt für Elektrofahrzeuge und Mehrbelastung für Verbrenner als grösste Kritikpunkte.

Fabian Hägler

Künftig soll die Verkehrssteuer im Aargau nach Gewicht und Leistung berechnet werden – mit einem Rabatt für E-Autos, die meist schwer und oft leistungsstark sind. Zusätzlich plant der Regierungsrat einen Steuererabatt für Hybridfahrer und E-Auto-Lenkerinnen. Drei Jahre lang sollen diese um 50 Prozent, weitere drei Jahre um 25 Prozent entlastet werden. Um dies auszugleichen, soll die Verkehrssteuer von Benzin- und Dieselautos um 2,7 Prozent steigen.

Grüne wollen Verbrenner höher besteuern

Für die Grünen ist dies eine Ökologisierung in homöopathischen Dosen. «Die Gebührensatzung muss Antriebsart, Gewicht, Leistung, Fahrzeugbreite und Lärmemissionen berücksichtigen», fordert Grossrat und VCS-Aargau-Geschäftsführer Christian Keller. Statt Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb zu begünstigen, sollten fossile stärker belastet werden.

Zudem sollten die gefahrenen Kilometer berücksichtigt werden, «damit Wenigfahrende nicht gezwungen sind, das Vielfahren zu subventionieren». Keller findet, die Strassenkasse sei zu üppig gefüllt, die Verkehrssteuer sollte auf den Unterhalt der Infrastruktur ausgerichtet sein. «Nur eine Kürzung der Mittel kann verhindern, dass das Strassennetz wie ein Krebsgeschwür weiterwuchert.»

SP verlangt Förderung des öffentlichen Verkehrs

Die SP sieht keinen Ökologisierungseffekt: «Ein Elektrofahrzeug kostet mehrere zehntausend Franken, die befristete Reduktion der Verkehrstarife steht in keinem Verhältnis dazu.» Der Kanton müsse sich der konsequenten Förderung des öffentlichen Verkehrs annehmen.

Grossrat Martin Brügger: «Ziel muss sein, Schwerverkehr und Individualverkehr auf der Strasse generell zu reduzieren.»

Die Kombination von Gewicht und Leistung für die Verkehrssteuer sieht die SP als gangbare Lösung. Elektrofahrzeuge seien aber keineswegs absolut umweltfreundlich. Die Herstellung benötige viel Energie und Rohstoffe, zudem brauchten E-Autos gleich viel Verkehrsinfrastruktur wie Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren.

GLP will Schadstoffausstoss bei Steuer einbeziehen

Die Grünliberalen anerkennen den Bedarf für eine Revision, zumal heute ökologische Antriebe systematisch benachteiligt würden. Die GLP begrüsst Gewicht und Leistung als Kriterien, laut Grossrätin Leandra Kern-Knecht kann so eine fairere Besteuerung erreicht werden. Die Partei ist aber gegen Abzüge für Elektro- oder Hybridfahrzeuge beim Gewicht, weil diese Autos die Strassen ebenso belasteten.

Für die GLP ist eine Besteuerung nach Schadstoffausstoss

«zwingend und zielführend». Schwefeloxide, Stickoxide und Feinstaub verursachten Schäden an Tunnels und Brücken und belasteten Mensch und Umwelt stark. «Diese gilt es mittels Steuern verursachergerecht abzugelten», fordert die GLP.

SVP-Kritik: «90 Prozent müssten mehr bezahlen»

Die SVP sagt Nein zur Verkehrssteuer-Reform, Grossrat und Garagist Mario Gratwohl kritisiert insbesondere die Entlastung von E-Autos. Damit diese möglich werde, müssten 90 Prozent der Fahrzeugbesitzer mehr bezahlen, schreibt er. Zudem bezahlten Fahrer von Elektro- oder Hybridautos keine oder wenig Mineralölsteuer.

Gratwohl weist darauf hin, dass die Verkehrssteuer zweckgebunden in die Strassenkasse fliesse und dem Unterhalt der Infrastruktur diene. Die Entlastung der E-Autos sei abzulehnen, weil diese die Strassen aufgrund ihres höheren Gewichts sogar stärker belasteten als herkömmliche Verbrennerfahrzeuge. Eine Begünstigung ist für die SVP sachlich nicht geboten und verletzt das Gleichbehandlungsgebot.

FDP gegen Zuschläge für Diesel- und Benzinautos

Die FDP, die mit Stephan Attiger den Verkehrs- und Umweltdirektor stellt, begrüsst die Verkehrssteuer als pragmatischen Ansatz. Die geplante Mehrbelastung von Verbrennerfahrzeugen

mit gleichzeitiger Entlastung von E-Autos lehnen die Freisinnigen hingegen ab. Die Ökologisierung des Fahrzeugbestandes sei in vollem Gang, eine zusätzliche Förderung überflüssig, findet Grossrat Adrian Meier.

Zudem mache die Verkehrssteuer nur knapp 3 Prozent der Betriebskosten aus und spiele daher kaum eine Rolle bei der Entscheidung zwischen E-Auto oder Verbrenner. Schliesslich habe der Bund die Elektrofahrzeuge von der Importsteuer befreit, deshalb werde diese Kategorie bereits genügend gefördert, hält Grossrat Meier fest.

Mitte will permanenten Rabatt für Elektrofahrzeuge

Die Mitte bezeichnet das neue Verkehrssteuer-System als transparent und mit vernünftigem administrativem Aufwand umsetzbar. «So lassen sich auch zukünftige Antriebstechnologien gut taxieren», ist Grossrat Hans-Ruedi Hottiger überzeugt. Nicht einverstanden ist die Partei, wie die Ziele der Klimapolitik und der Dekarbonisierung umgesetzt werden sollen.

«Ein Rabattsystem zur Förderung klimafreundlicher Technologien, das nach sechs Jahren ausläuft, ist nicht nachhaltig», meint Grossrat Hottiger. Die Mitte fordert stattdessen einen permanenten Abzug für klimafreundliche Fahrzeuge bei gleichzeitiger leichter Anhebung der Grundtarife.

Kritik von Handelskammer und Verkehrskonferenz

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer verlangt, dass alle Antriebsarten nach den gleichen Grundsätzen besteuert

werden. Auf Korrekturfaktoren und Rabatte für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sei hingegen zu verzichten.

Die Aargauische Verkehrskonferenz, der unter anderem ACS, TCS, Astag und TCS angehören, sieht die Förderung des Technologiewandels nicht als Staatsaufgabe. «Fahrzeuge mit Verbrennermotor tragen einen unersetzlichen Teil zum Gesamtsystem Mobilität bei und dürfen nicht zusätzlich benachteiligt werden», hält Präsident Stefan Huwyler fest. Die Quersubventionierung von alternativen Antrieben lehnt die Konferenz daher ab.



Die Regierung will E-Autos (hier ein Audi E-Tron) steuerlich entlasten, stösst bei Bürgerlichen aber auf Widerstand. Bild: Gaetan Bally/Key